



Euro-Krise gelöst?

Description

Die G20 haben am zurückliegenden Wochenende den Druck auf die Euro-Länder erhöht, sie erwarten vom EU-Gipfel am 23. Oktober eine tragfähige Lösung. Die erst im Juli erweiterte EFSF soll nach dem Willen der G20 möglichst wirksam eingesetzt werden, um eine Ausweitung der Krise zu verhindern. Londoner Sonntagszeitungen berichten, dass offenbar eine Versicherungslösung abgestrebt wird, bei der 20 bis 30 % des Volumens der Erstemission versichert werden sollen. So könnte die EFSF insgesamt 2 bis 3 Bill. Euro hebeln. Eine EZB-Beteiligung scheint vom Tisch.

Ohne eine Reduktion der griechischen Gesamtverschuldung wird es nicht gehen. Sie wird höher sein, als mit 21% im Juli ins Auge gefasst worden war. Ein Schuldenschnitt in Höhe von 50 bis 60 Prozent wird immer wahrscheinlicher. Schön, dass das die Politbürokraten in Brüssel und anderswo nun auch schon merken.

Der kommende EU-Gipfel will unter anderem auch die Weichen dafür stellen, dass die europäischen Banken ausreichend mit Kapital ausgestattet werden. Die Banken wehren sich vehement gegen eine Zwangsrekapitalisierung. Nicht dass sie etwas gegen zusätzliches Kapital hätten, es geht ihnen um damit verbundene Auflagen und die Verwässerung der Einlagen der Altaktionäre.

Der Druck auf die Bankbranche hat sich zuletzt weiter erhöht. Am Freitag hatte die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit der französischen Großbank BNP Paribas um eine Stufe auf "AA-" gesenkt. Zuvor hatte Fitch eine ganze Reihe europäischer Großbanken auf eine Liste möglicher Abwertungen gesetzt.

Insbesondere die deutsche Kreditwirtschaft opponiert gegen eine Zwangsrekapitalisierung. Kapitalspritzen seien nicht über den Markt zu finanzieren und gingen auch an den aktuellen Problemen vorbei, heißt es. Der Präsident des Bundesverbands deutscher Banken sagte am Wochenende: „Die Politik darf uns jetzt nicht den Krieg erklären – sondern soll lieber mit uns bei Wasser und Brot ins Kloster gehen und arbeiten, bis weißer Rauch aufsteigt und es eine gemeinsame Lösung gibt.“ Woher nimmt der Mann diese Dreistigkeit?

Er behauptete weiter: „Wir haben keine Bankenkrise, sondern eine politische Vertrauenskrise.“ Mit der zweiten Feststellung hat er recht, mit der ersten nicht. Kernkapitalquoten von unter sieben Prozent bei noch nicht einmal eingerechneten Abschlägen auf die im Bilanzvermögen stehenden Bonds von notleidenden Euro-Staaten mag zwar bei eitel Sonnenschein ausreichen, nicht jedoch, wenn auch nur ein paar Wolken durchziehen.

Der Chef der Deutschen Bank, Ackermann, ging sogar so weit, dass er die EU-Bankenrettungspläne als kontraproduktiv bezeichnet und ankündigte, sein Institut werde eher Assets verkaufen als eine staatliche Beteiligung im Rahmen einer Pflicht zur höherer Kapitalisierung zulassen. (Schöne lesenswerte Satire: "[Wie ich lernte, Ackermann zu lieben – eine Romanze nach Banknoten](#)") Andere Großbanken hatten erklärt, sie würden eher die Kreditfähigkeit zurückfahren als neues Kapital heben, um die geplanten neuen EBA-Regeln einzuhalten (hört sich wie Erpressung an).

Die (nicht weisungsbefugte) [europäische Bankenaufsicht EBA fordert eine Kernkapitalquote von neun Prozent](#) und zwar nach Abschreibung etwaiger Verluste auf den Marktwert von im Vermögen bilanzierter Staatsanleihen. Würden nur die Verluste bei Griechenland-Bonds berücksichtigt, bräuchten die 55 größten



Banken Europas schon mindestens 150 Mrd. Euro frisches Kapital. Würden auch andere PIIGS-Bonds berücksichtigt, würde neues Kapital im Volumen von 275 Mrd. Euro erforderlich.

Um auf eine Kapitalquote von neun Prozent zu kommen, dazu benötigte die Deutsche Bank etwa 14, die Commerzbank 11 Mrd. Euro an frischem Kapital. Wie viel Kapital wird benötigt für die HRE samt Bad Bank?

Neu sind die nun aufkommenden Erkenntnisse alle nicht. Es ist nicht neu, dass zwei Bill. Euro gebraucht würden, um die von strauchelnden PIIGS-Staaten ausgehende Gefahr zu bannen (siehe z.B. [hier](#)), es ist nicht neu, dass die europäischen Banken massiv unterkapitalisiert sind ([der IWF hatte bereits im September ein Volumen von 200 Mrd. Euro genannt](#)), es ist nicht neu, das Griechenland ohne einen massiven Schuldenschnitt überhaupt nicht mehr auf die Füße kommt. Neu ist bestenfalls, dass die Eurozonen-Politbürokraten dies alles nun öffentlich realisieren – nun, wo es nicht mehr anders geht.

Natürlich ist es heute müßig, darüber nachzudenken, was wäre wenn. Was wäre, wenn die Politik schon unmittelbar nach dem offenen Ausbruch der Finanzkrise den Banken die Zügel angelegt hätte? Sie mit ausreichend Kapital ausgestattet hätte bei gleichzeitiger massiver Einflussnahme auf deren Geschäftsgebaren bis hin zur Zerschlagung „systemrelevanter“ Großbanken?

Ich wette, dann stünde die Eurozone heute sehr viel besser da. Das gilt insbesondere dann, wenn die Banken davon abgehalten worden wären, marode PIIGS-Bonds zu kaufen. An dieser Einschränkung kann man natürlich berechtigte Zweifel haben, war es doch gerade die Politik, die die Banken ermuntert hatte, solchen Müll zu kaufen, damit man eine zeitlang so tun konnte, als gäbe es keine Euro-Schuldenkrise.

Gut, vergessen wir das.

Das jetzt diskutierte Maßnahmenpaket ist richtig hinsichtlich Rekapitalisierung der Banken – wenn, ja wenn hierdurch politischer Einfluss verankert wird, der dafür sorgt, dass die Banken zu einer der Realwirtschaft dienenden Funktion zurückfinden. Daran muss man allerdings berechtigte Zweifel haben. Und auch die Stimmen aus den Banken sprechen in diesem Zusammenhang Bände. Falls es überhaupt Politiker geben sollte, die ein solches Ziel ernsthaft verfolgen, so werden die schnell kalt gestellt oder geben auf. Falls...

Und was die [Hebelung des EFSF](#) angeht, so wird gleichzeitig das Risiko gehebelt. Ja, man erkaufte sich mit einer solchen Lösung Zeit. Wenn die nicht genutzt wird, geht es am Ende richtig schief. Dass die Zeit dieses Mal genutzt wird, dafür gibt es nach den Erfahrungen der Vergangenheit wenig Hoffnung. Warum soll sich das durch die Hebelung ändern? Im Gegenteil. Es zieht eher trügerische Entspannung ein, die zugrunde liegenden strukturellen Probleme bleiben die alten. Der durch hohe Marktzinsen ausgeübte Druck auf die PIIGS, die Staatsverschuldung zurückzufahren, wird vermindert. Warum sollen die dann noch sparen?

Nachtrag: Mittlerweile werden die Hoffnungen auf die "umfassenden" Ergebnisse des kommenden Gipfels schon wieder gedämpft. In der Tat ist bei der europäischen Gackerei schwer vorstellbar, dass man sich nun in Kürze auf solch umfassende Maßnahmen einigen könnte. Wobei "umfassend" nicht automatisch gleich "sinnvoll" ist.